



---

## Positionspapier Internationale Verantwortung und Zusammenarbeit

---

Der Parlamentarische Beirat für nachhaltige Entwicklung (PBnE) führte zum Themenfeld „Internationale Verantwortung und Zusammenarbeit“ am 19. Oktober 2022 ein **öffentliches Fachgespräch** durch. Als Sachverständige geladen waren Frau Dr. Sonja Grigat, Referentin Globale Gerechtigkeit und nachhaltige Entwicklung, Verband Entwicklungspolitik und Humanitäre Hilfe (VENRO), und Herr Christoph Benn, Direktor Global Health Diplomacy am Joep Lange Institute. Wesentliche Erkenntnisse aus dem Fachgespräch sind in das vorliegende Positionspapier eingeflossen.

### Internationale Verantwortung und Zusammenarbeit

Die globale Covid-19-Pandemie hat die Lebensbedingungen für Menschen in ärmeren Ländern – insbesondere im Globalen Süden – dramatisch verschlechtert. Man spricht von einer Polypandemie, da sie durch eine Vielzahl sekundärer negativer Effekte eine ganze Bandbreite gesellschaftlicher Bereiche getroffen hat. Über Jahrzehnte intensiv erarbeitete Erfolge der internationalen Zusammenarbeit wurden zurückgedreht. So wurde die Prävention und Behandlung zahlreicher Krankheiten wie HIV & Aids, Tuberkulose und Malaria zurückgeworfen. Es gibt verheerende Rückschritte in der Bekämpfung sexueller und genderbasierter Gewalt, bei sexueller und reproduktiver Gesundheit und Rechten sowie in der Gleichstellung der Geschlechter insgesamt. Es ist ein enormer Anstieg der Mütter- und Kindersterblichkeit sowie von Hunger zu verzeichnen. Rückgänge in Haushaltseinkommen haben zu einem Anstieg der Kinderarbeit und von Kinderheiraten geführt. Fehlender Zugang zu Bildung und zurückgegangene ausländische Direktinvestitionen werden ebenso anhaltende gesellschaftliche und volkswirtschaftliche Folgen haben. Die Armutsspirale wurde durch die Covid-19-Pandemie neu angefacht.

Bereits vor der Covid-19-Pandemie hatten die Länder des Globalen Südens mit den Folgen mehrfacher Krisen wie Hunger, Armut oder Verschuldung zu kämpfen. Die Folgen der Klimakrise und des globalen Biodiversitätsverlusts bringen weitere Herausforderungen mit sich. Eingriffe in Ökosysteme wie Abholzung oder gar Extremwetterereignisse, wie Hitze und Starkregen können zu Fluten, Bodenerosion, Wasserknappheit und Ernteaussfällen führen. Dadurch werden Nahrungsmittelknappheit, Hunger und Mangelernährung verschärft. Auch ist die Neuentstehung, Verstärkung und Verbreitung von Krankheiten und gesundheitlichen Belastungen zu beobachten. Die Situation verschärft sich zusehends, und das Risiko für weitere regionale und globale Pandemien nimmt zu. Die Folgen von Klimakrise und Biodiversitätsverlust schlagen sich auf die Lebensbedingungen der Menschen in weiten Teilen der Erde in extremer Weise nieder. Sie verstärken die Herausforderungen durch die Covid-19-Pandemie zusätzlich. Die bereits bestehende hohe Schuldenlast im Globalen Süden wird durch Auswirkungen der Klimakrise und durch klimabedingte Schäden und Verluste steigen. Die



Klimakrise und der Verlust von Biodiversität stellen nach dem Konzept von *One Health* eine direkte Bedrohung für die Gesundheit von Mensch und Tier dar und damit nichts weniger als eine existenzielle Bedrohung für das menschliche Leben.

Der russische Angriffskrieg auf die Ukraine hat weitreichende Auswirkungen. So wird durch die Abhängigkeit von Getreideimporten aus der Ukraine und Russland die Nahrungsmittelkrise weiter verstärkt. Das trifft insbesondere Menschen im Globalen Süden hart, wo sich die Situation, gerade auch durch die negativen Folgen des Klimawandels auf die landwirtschaftliche Produktion in Zukunft wahrscheinlich noch verschärfen wird. Der Welthungerindex 2022 schätzt, dass weltweit bis zu 828 Millionen Menschen unterernährt sind. Zusätzlich belasten Preissteigerungen und Inflation die wirtschaftliche Situation vieler Menschen.

Obwohl sie die geringste Verantwortung tragen, sind Menschen im Globalen Süden oft nicht nur besonders vulnerabel, sondern auch am stärksten leidtragend. Die Situation betrifft in besonderem Maße Frauen und Mädchen. Gleichzeitig wird davon ausgegangen, dass kein einziges der nachhaltigen Entwicklungsziele der Vereinten Nationen (SDGs) bis 2030 erreicht werden wird. Ein Verfehlen dieser Ziele darf aber keine Option sein.

Deutschland ist eines der wirtschaftsstärksten Länder der Welt und profitiert auch heute noch von den historisch gewachsenen globalen Abhängigkeitsstrukturen. Aus dieser Tatsache erwächst eine internationale Verantwortung, der sich Deutschland stellt; gleichwohl gilt es, andere Geber ebenfalls zu einem angemessenen Engagement zu bewegen. Benachteiligte Länder sollten sowohl mit technischer Expertise als auch finanziell adäquat unterstützt werden. Wir leben in einer Welt und wir haben uns als Weltgemeinschaft dem Ziel verschrieben, bis 2030 das Wohlergehen aller Menschen zu sichern. Die Bemühungen, die nachhaltigen Entwicklungsziele der Vereinten Nationen (SDGs) bis 2030 zu erreichen, müssen weiter intensiviert werden. Die derzeitigen multiplen globalen Herausforderungen sind uns ein Ansporn, das bisherige starke Engagement Deutschlands im Sinne einer feministischen internationalen Politik noch weiter zu erhöhen. Es gilt den Armutszirkel zu durchbrechen und die Lebensbedingungen und Zukunftsperspektiven der Menschen im Globalen Süden drastisch zu verbessern – auch durch den Auf- und Ausbau sozialer Sicherungssysteme.

Der Parlamentarische Beirat für nachhaltige Entwicklung (PBnE) begrüßt daher, dass sich der Staatssekretärsausschuss für nachhaltige Entwicklung in seiner Sitzung am 23. Januar 2023 mit dem Thema „Internationale Verantwortung und Zusammenarbeit“ auseinandersetzen wird. Das vorliegende Positionspapier greift diese Thematik auf und formuliert entsprechende Handlungsempfehlungen an die Bundesregierung.

Die deutsche Bundesregierung sollte demnach im Rahmen der zur Verfügung stehenden Haushaltsmittel

1. vor dem Hintergrund gestiegener Herausforderungen **gemeinsam mit Partnern im Globalen Süden identifizieren, in welchen konkreten Bereichen der größte Handlungsbedarf liegt**, und wie ein verstärktes Engagement Deutschlands hierzu aussehen kann sowie sich bei der UN-Generalversammlung in 2023 dafür einsetzen, globale Bemühungen zu intensivieren, damit die nachhaltigen Entwicklungsziele bis 2030 erreicht werden können.
2. ihren Einsatz für einen **neuen internationalen Schuldenmanagementkonsens** intensivieren und die **Initiative für ein kodifiziertes internationales**



**Staateninsolvenzverfahren** unterstützen, das alle Gläubiger miteinbezieht und Schuldenerleichterungen für besonders gefährdete Ländergruppen umsetzt.

3. **rechtmäßige, effektive und transparente Steuersysteme** gegenüber Partnerländern fordern und fördern, die auch die finanzielle Leistungsfähigkeit der Eliten einbeziehen, um ihre Eigeneinnahmen zu erhöhen und Steuerflucht zu bekämpfen sowie gegebenenfalls prüfen, inwiefern **mehr Schulden von Ländern im Globalen Süden erlassen** werden können und ob durch Schuldenumwandlungsprogramme zielgerichtete Investitionen in die auch durch die Folgen der globalen Covid-19 Pandemie am stärksten beeinträchtigten Bereiche der SDGs mobilisiert werden können.
4. auch weiterhin mindestens die **Erfüllung der 0,7 % des Bruttonationaleinkommens (BNE) als sogenannte Official Development Assistance (ODA) Quote** der Vereinten Nationen einhalten, wie im Finanzbericht 2023 des Bundesministeriums der Finanzen bereits für Inlandsflüchtlingskosten abgebildet, **transparent aufschlüsseln**, in welche Kategorien welche Anteile der ODA-anrechenbaren ODA-Mittel Deutschlands fließen, **0,2 % des BNE für die ärmsten Länder des Globalen Südens (LDCs) einsetzen, die Empfehlung der Weltgesundheitsorganisation (WHO), mindestens 0,1 % des BNE an ODA für Globale Gesundheit zu investieren, einhalten**, und bis zum Zieljahr der SDGs in 2030 verstetigen, sowie die Mittel für die **internationale Klimafinanzierung weiter erhöhen** und die **Ausgaben für Krisenprävention, Humanitäre Hilfe, Auswärtige Kultur- und Bildungspolitik (AKBP)** sowie Entwicklungszusammenarbeit im Maßstab eins-zu-eins wie die Ausgaben für Verteidigung auf Grundlage des Haushaltes 2021 steigen zu lassen.
5. prüfen, ob das **Konzept von Global Public Investment (GPI) ein zukünftiges nachhaltiges, gemeinwohlorientiertes und inklusives Finanzierungsmodell (globaler) öffentlicher Güter** sein kann und inwiefern GPI in allen relevanten multilateralen Plattformen, Fonds und Formaten der internationalen Zusammenarbeit und internationalen Entwicklungsfinanzierung Einzug finden könnte und beispielsweise seine Governance-Prinzipien zu einem effektiven Multilateralismus, dem Engagement von mehr Staaten sowie zu einer stärkeren Finanzierung von Aufgaben der internationalen Zusammenarbeit führen kann.
6. bestehende **Strategien der internationalen Zusammenarbeit der Bundesregierung, wie die Deutsche Nachhaltigkeitsstrategie, die Strategie der Bundesregierung zur Globalen Gesundheit oder die Nationale Strategie zur biologischen Vielfalt kurzfristig überprüfen**, ob diese in ihren Zielstellungen und Maßnahmen vor dem Hintergrund gestiegener Herausforderungen für den Globalen Süden angepasst werden müssen und diese Anpassungen mit konkreten Maßnahmen- und Umsetzungsplänen sowie entsprechend ausreichenden finanziellen Mitteln unterfüttern und sicherstellen, dass in der Entwicklung und Überarbeitung stehende neue Strategien diese Aspekte einbeziehen.
7. zivilgesellschaftliche Organisationen, multilaterale Organisationen und spezifische Programme, die eine **Verbesserung der Lebensbedingungen von Frauen, Mädchen und weiteren marginalisierten Bevölkerungsgruppen in den Fokus nehmen** und ihren Zugang zu adäquater Gesundheitsversorgung, die vollständige Wahrnehmung sexueller und reproduktiver Rechte und eine gleichgestellte Teilhabe sowie gleichgestellte Repräsentation in allen gesellschaftlichen Bereichen im Rahmen einer feministischen Außen- und Entwicklungspolitik stärken und nach Möglichkeit langfristig und ausreichend im Bundeshaushalt verankern.



8. die **Ernährungssicherung** und den **Zugang zu sauberem Trinkwasser** mit nachhaltigen agrarökologischen Ansätzen sowie Wissens- und Technologietransfer gerade im Bereich kleinbäuerlicher Agrarwirtschaft fördern und die **globalen Ernährungssysteme resilienter, gerechter und nachhaltiger gestalten** und gleichzeitig für **nachhaltige und biodiversitätsfördernde Landnutzung** sorgen sowie **transformative Agrar- und Ernährungssysteme** und das **Bündnis für globale Ernährungssicherheit** nachhaltig finanzieren und stärken.
9. konkrete Maßnahmen der Prävention, Reaktion und Vorbereitung auf Pandemien der Zukunft auch auf internationaler Ebene engagiert vorantreiben, aber gleichzeitig auch in multilateralen Foren dafür Sorge tragen, dass **alle bisherigen und zukünftigen pandemieunabhängigen Gesundheitsbedürfnisse im Globalen Süden keine Einbußen erleiden**, weder in Aufmerksamkeit noch Ressourcen, und die **Stärkung von Gesundheitssystemen**, insbesondere der **Basisgesundheitsversorgung**, und den **Aufbau nachhaltiger Gesundheitsfinanzierungslösungen** noch engagierter voranbringen.
10. den **Auf- und Ausbau von Strukturen und Kapazitäten lokaler Produktion von Arzneimitteln, Impfstoffen und Diagnostika im Globalen Süden engagiert voranbringen**, insbesondere auf dem afrikanischen Kontinent, und sich dafür einsetzen, dass WHO-geführte und unterstützte Formate für Technologietransfer (wie der WHO mRNA Technology Transfer Hub) und zur freiwilligen Bereitstellung von Produktionslizenzen (wie der Medicines Patent Pool) sowohl zur Bekämpfung heutiger Krankheiten als auch in Vorbereitung auf Epidemien und Pandemien der Zukunft von relevanten Firmen und Instituten ausreichend unterstützt werden und prüfen, wie globale Wertschöpfungs- und Lieferketten im Ernährungs- und Arzneimittelbereich krisenfest gestaltet werden können.
11. sich dafür einsetzen, dass **entsprechend des Konzepts von One Health in allen Politiken starke Querverbindungen gesetzt werden**, insbesondere auch in internationalen Abkommen zur Klimakrise und dem Verlust von Biodiversität, um sicherzustellen, dass mit einem ganzheitlichen Ansatz den engen Wechselwirkungen der Gesundheit des Planeten, der Tierwelt und des Menschen adäquat Rechnung getragen wird und in dem Zusammenhang **eine eigene kohärente One Health-Strategie der Bundesregierung erarbeiten** sowie geeignete Indikatoren in die Deutsche Nachhaltigkeitsstrategie aufnehmen, um die internationalen Auswirkungen von Deutschlands Politik hinsichtlich der Nachhaltigkeitswirkung erfassen zu können.
12. **durch effektive und engagierte Maßnahmen zur Reduktion von Treibhausgasen in Deutschland zu einer Entschleunigung der globalen Auswirkungen der Klimakrise und des Biodiversitätsverlusts beitragen** und darüber hinaus Länder des Globalen Südens **mit ausreichend technischer Expertise, Technologien und finanziellen Mitteln unterstützen**, um adäquate Vermeidungs-, Vorbereitungs-, Reaktions- und Adaptionsmaßnahmen durchzuführen sowie Verluste und Schäden zu adressieren und diese künftig aus dem auf der COP27 beschlossenen **Fonds zur Kompensation von Schäden und Verlusten** finanziell aufzufangen und mögliche Risiken durch den **Globalen Schutzschirm der G7/V20 gegen die Klimakrise** abzusichern und sie ebenso im Übergang zu klimaneutraler Lebensweise (just transition) unterstützen, insbesondere durch die **Ausweitung von Klima-, Entwicklungs- und Energiepartnerschaften**.